

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 15. 32. Jahrg.

11. April 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk., inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{1/2}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Betriebsräte. Rundschau. Die Arbeiterräte in der Reichsverfassung. Über die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens. Lohn und Preis. Die soziale Wohnungsreform im Dienste der Ledigenfürsorge. — **Allgemeines:** Brief aus Schweden. Hamburg. Ortsberichte: Frankfurt a. O. Heidenheim a. d. Brenz. — **Die photomech. Fächer:** Ortsberichte: Dresden, Lichtdrucker. Hamburg, Chemigraphen. — **Photographischer Mitarbeiter:** Tarifabkommen mit einer Innung. — **Die Tapetenbranche:** Über eine erfreuliche gewerkschaftliche Verschmelzung. Ortsberichte: Berlin, Formstecher. **Graphische Technik:** Verschiebungen im Arbeitsgebiet. *Etwas vom künstlichen Kautschuk. I. — Anzeigen.

Betriebsräte.

Die Auffassungen über die Arbeiterräte gehen immer noch weit auseinander. Schon die Namen gleichartiger Einrichtungen zeigen große Verschiedenheit. Der eine, der von Arbeiterräten spricht, denkt dabei an die politischen Kontrollorgane der Gemeinden, Kreise und Provinzen, der andere, sieht in ihnen nichts anderes als den ehemaligen Arbeiterausschuss des Betriebes. Allmählich formen sich auch in der Praxis die durch die Revolution geschaffenen Gebilde fester, konzentriert sich das Interesse mehr auf die in den Betrieben tätigen Arbeiterräte mit ihren wirtschaftlichen Aufgaben. Die Praxis sieht allerdings auch dort noch recht bunt aus. Es fehlt für die praktische Durchführung der einheitlichen Leitgedanke, der sich erst dann durchsetzen wird, wenn die versprochene gesetzliche Sicherung durchgeführt sein wird. Mit dieser gesetzlichen Grundlage werden auch bald die Gewerkschaften zu einer einheitlichen Stellung kommen müssen, die allerdings mit der vollkommenen Ablehnung der Arbeiterräte in den Betrieben, wie sie von Legen gefordert und vom Korrespondenzblatt vertreten wurde, nichts gemein haben dürfte.

Als eine nernerfreulichen Schritt zur Klärung betrachten wir die Ausführungen unseres Kollegen Hermann Müller in der »Neuen Zeit«, die wir daher unseren Kollegen zum ersten Studium empfehlen:

»Bis zum Ausbruch der Revolution kämpften die Gewerkschaften in der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf wird nach wie vor ihre Aufgabe sein, aber der Boden, auf dem dieser Kampf ausgefochten wird, hat sich beträchtlich geändert. Auch für die Gewerkschaften bedeutet die Revolution eine Weitenwende. Noch ist der Kapitalismus nicht beseitigt, der Weg aber ist frei, auf dem er beseitigt werden kann, und diesen Weg müssen auch die Gewerkschaften bewußt beschreiten. Sie müssen sich in den Dienst des Sozialismus stellen, wenn die Arbeiter an ihnen nicht irre werden sollen. In den letzten Monaten ist so manches geschehen, das aussah, als seien die Arbeiter daran, die Gewerkschaften auszuschalten. Gewaltige Streiks nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur sind geführt worden, in vielen Fällen ohne die Gewerkschaften heranzuziehen oder auch nur zu befragen.

Die Betriebsarbeiterräte sind es, die die wilden Streiks inszenierten. In ihnen prägt sich daher der Gegensatz zu den Gewerk-

schaften aus, und gegen sie richtet sich deshalb auch die gelegentlich laut werdende Mißbilligung der Gewerkschaftsführer. Mir scheint, daß dabei hüben wie drüben das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Richtig ist, daß es so wie in den letzten Monaten nicht weitergehen kann. Aber dazu wird es ganz von selbst kommen. Die Gewerkschaften werden gar nicht notwendig haben, ihr Streitroß aus dem Stalle zu holen, um es gegen die Arbeiterräte zu tummeln. Die gewerkschaftlichen Kampfmethoden sind doch keine willkürlichen Maßnahmen der Gewerkschaftsführer. Sie haben sich ergeben aus dem Kräfteverhältnis, und sie haben gewechselt je nach der wirtschaftlichen Lage. Diese hat in der gegenwärtigen Zeit die Erfolge der wilden Streiks aber ganz und gar nicht bedingt. Selbst Unternehmer, die in einer ganz anderen als rosigen Lage waren, haben Forderungen bewilligt, um die Arbeiter aus politischen Gründen zu beruhigen. Das wird ganz selbstverständlich nicht dauernd so sein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, und zwar die Lage des Weltmarktes werden bald wieder ausschlaggebend sein, und dadurch werden auch den Lohnbewegungen, die die Arbeiterräte führen möchten, Schranken gezogen. Sie werden unmöglich werden. Damit aber treten die Gewerkschaften ganz von selbst wieder in ihre alte Stelle. Sobald ein Streik nicht mehr im Handumdrehen zum Erfolg führen, sondern längere Zeit dauern wird, bedingt schon die Notwendigkeit, daß Streikunterstützung gezahlt werden muß, die Rückkehr zu bisherigen Methoden bei seiner Einleitung und Durchführung.

Werden deshalb die Betriebsarbeiterräte überflüssig? Mancher sagt ja, ich sage nein. Neue Zeiten bedingen neue Einrichtungen. Wir leben in einer neuen Zeit, in einer Zeit, die mit vollen Segeln auf den Sozialismus zusteuert, und deshalb brauchen wir auch Einrichtungen, wie sie die Betriebsräte darstellen. Nur müssen sie so gestaltet werden, daß sie auch dem Zuge der Zeit in Wirklichkeit dienen. Bisher haben sie ihm nicht gedient. Auch nicht durch erfolgreiche Lohnbewegungen. Einer unserer sozialistischen und gewerkschaftlichen Grundsätze ist die allgemeine Solidarität. Diese hat sich nicht nur darin gezeigt, daß wir uns gegenseitig im Kampfe unterstützten, sondern auch darin, daß wir, ohne Rücksicht auf die Rentabilität des einzelnen Betriebs, für gleichartige Lohnverhältnisse der bedrängten Berufsgruppe sorgten. So manches Mal wäre es möglich gewesen, in einem besonders gearteten Betrieb auch besonders günstige Löhne zu erkämpfen. Davon ist im allgemeinen abgesehen worden. Nicht allein hat zu solchem Verhalten die Erkenntnis mitgewirkt, daß dann der größere Zulauf von Arbeitskräften und damit die Konkurrenz der Arbeiter untereinander wieder lohndrückend gewirkt hätte, wir haben auch aus allgemein solidarischen Gründen die Gleichmäßigkeit angestrebt. Dieser Grundsatz hat in den letzten Monaten bei den Lohnbewegungen der Betriebsräte keine Rolle mehr gespielt. War ein Betrieb besonders rentabel, dann wuchsen die Forderungen der Arbeiter, die damit vielfach auf eine besondere Art der Gewinnbeteiligung hinausliefen.

Worauf es in der nächsten Zeit ankommt und was mit allen Kräften angestrebt werden muß, das ist die Demokratisierung der Betriebe. Unser Wunsch, an die Stelle des absoluten Unternehmers die konstitutionelle Fabrik zu setzen, dem bisher schon unsere Gewerkschaftsarbeit diene, geht seiner Erfüllung entgegen. Hier werden die Arbeiterräte eine erspriehliche Arbeit leisten können, und die Gewerkschaften müssen sich dieser Tätigkeit der Arbeiterräte annehmen. Die Befugnisse der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sind entsprechend auszubauen. Und wenn die Arbeiter in der neuen sozialistischen Republik, in der die Titel abgeschafft worden sind, lieber Arbeiterräte als Arbeiterausschüsse haben wollen, so soll man sich an dem Titel nicht stoßen, sondern Arbeiterräte an Stelle der Arbeiterausschüsse errichten. Aber man soll nicht glauben, daß es mit dem Titel allein getan ist. Der Arbeiter muß tagtäglich vor Augen sehen, daß sich vieles geändert hat und daß wir, trotz der schweren Zeiten, die wir vor uns haben, einer neuen, ganz anders gearteten Zeit entgegengehen. Er muß fühlen, daß er in seiner Würde gestiegen ist, daß er wirklich im Betrieb mitbestimmt, und dieses Gefühl wird viel zur Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Nur wenn der Arbeiter sieht, daß er nicht mehr nur für den Kapitalisten arbeitet, daß er für sich und die Allgemeinheit wirkt, wird die Schaffensfreudigkeit bei ihm einkehren, die zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erforderlich ist.

Es muß also in den Betrieben anders aussehen als bisher. Zu allen Verhandlungen über Arbeits- und Arbeiterangelegenheiten sind die Arbeiterräte mitbestimmen hinzuzuziehen. Betriebseinrichtungen technischer und sanitärer Art sind mit ihnen gemeinsam zu schaffen. Daraus ergibt sich ganz von selbst die Notwendigkeit, daß die Arbeiterräte Einsicht in die Betriebsverhältnisse bekommen. Es wird ihnen Einsicht in die Bücher zu gewähren sein damit sie über die Lage des Betriebs unterrichtet sind.

So wenig angenehm das dem Unternehmer scheinen mag, hat er doch keine Ursache, es zu fürchten. Kennen die Arbeiter die Betriebsverhältnisse, dann werden sie danach auch ihre Forderungen richten.

Die gesamte Tätigkeit der Arbeiterräte wird und muß gemeinsam mit den Gewerkschaften durchgeführt werden. Ist es doch Gewerkschaftsarbeit, die sie leisten. Also die Parole darf nicht heißen: Weg mit den Arbeiterräten, sondern: Festigung der Arbeiterräte.

Es wird dann auch ein anderes Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten Platz greifen. Der Arbeiter wird einsehen, daß es ein Wahn ist, zu glauben, daß er alles ohne weiteres kann. Die geistige Arbeit wird er dann anders bewerten, als es jetzt vielfach der Fall ist, und auch der Angestellte, der mit dem Arbeiter gemeinsam seine Interessen vertritt, wird in dem fortan ganz anders gestellten Arbeiter den gleichberechtigten vollwertigen Menschen achten lernen.

Wichtig ist außerdem: Dadurch, daß die Arbeiter durch ihre Räte an der Leitung der

Betriebe mitbeteiligt sind, werden sie und auch die Betriebe reif für den Sozialismus. Der Weg zu diesem führt auch hier über die Demokratie. An die Stelle des allein den Betrieb verwaltenden Unternehmers tritt die verwaltende, wenn auch beschränkte Allgemeinheit. So werden die Räte und mit ihnen die Gewerkschaften Werkzeuge nicht der Sozialdemokratischen Partei, wohl aber des Sozialismus. Daß dies die Gewerkschaften als Ganzes werden, ist notwendig. Vielfach läßt sich jetzt beobachten, daß die Sozialisierung der Betriebe von den Arbeitern ganz falsch aufgefaßt wird. Sie meinen häufig daß der Betrieb dadurch ihr Eigentum werde. Wie falsch das ist, braucht hier nicht hervorgehoben zu werden. Arbeiten aber die Räte nicht mehr auf eigene Faust in den Betrieben, sondern Hand in Hand mit den Gewerkschaften, dann werden solche falsche Sozialisierungsbemühungen von selbst verschwinden.

Dadurch, daß die Arbeiter die finanzielle Leistungsfähigkeit der Betriebe kennen, werden auch manche übertriebene Hoffnungen, die auf die Sozialisierung gesetzt werden, auf das richtige Maß zurückgeführt. Auch in der sozialistischen Gesellschaft muß fleißig gearbeitet werden. Aufhören wird in ihr die Unsicherheit der Existenz, die qualende Furcht, arbeitslos und damit dem Elend überliefert zu werden. Aber das so oft von uns betonte Wort: »Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!« wird auch in der sozialistischen Gesellschaft Geltung haben, oder vielmehr, es wird erst in ihr seine volle Geltung erhalten. Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse wird demnach den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft beschleunigen. Sie wird auch dazu beitragen, daß er nicht unter krampfhaft zukenden Bewegungen erfolgt.

Rundschau.

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland betrug nach dem Stande vom März d. Js. im Reich 1 040 717 Personen.

Keine Arbeiterentlassung ohne Arbeitszeiterhebung. Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung hat durch Abänderung der Verordnung vom 4. Januar 1919, betr. Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter angeordnet, daß als unterste Grenze der Arbeitsleistung eine Wochenarbeitszeit von 24 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung eines Arbeiters im Betrieb anzusehen ist.

Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden. Nach den Feststellungen von 29 Fachverbänden, die für 2616732 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Februar 1575'8 oder 6,0 v. H. Im Januar war von 33 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 6,6 v. H. berichtet worden; die Arbeitslosigkeit ist demnach diesmal etwas zurückgegangen. Im Februar der drei vorhergehenden Jahre sowie des Jahres 1914 war sie wesentlich niedriger als im Berichtsmonat, sie betrug 1918: 0,8, 1917: 1,6, 1916: 2,8, 1914: 3,7, dagegen im Jahre 1915: 5,1.

Der Arbeitsmarkt im Februar 1919. Die dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Berichte lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Lage im Februar sich ebenso ungünstig wie im Vormonat gestaltet hat, wenn auch die Arbeitslosenziffer, infolge einer stellenweise leichten Besserung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des Berichtmonats, etwas zurückgegangen ist. Während sie gegen Anfang Februar 999369 betrug, war sie am 19. Februar auf 1100889 gestiegen, ist dann aber in den ersten Tagen des Monats März auf 1076368 zurückgegangen. Die Arbeitslosenziffer in Groß-Berlin zeigt zwar Ende Februar eine Zunahme gegen den Bestand am Anfang des Monats (260917), war aber von 276582 am 26. Februar auf 274835 am 28. Februar gesunken.

Der Verband der Lithographen und Stein-drucker hatte im Februar 1919 am Ende der letzten Woche des Monats 1991 arbeitslose Mitglieder, das sind 20,0 v. H. gegen 0,7 v. H. im gleichen Monat des Vorjahres und 20,6 im Januar 1919.

Aus der Tapetenindustrie wird dem Reichsstatistischen Amt mitgeteilt, daß stellenweise Betriebe wegen Kohlenmangel stilllagen, daß die Beschäftigung aber sonst teils unbefriedigend, teils jedoch auch ausreichend und etwas besser als im Vormonat gewesen ist. Die Verbesserung der Geschäftslage wird auf die nahe bevorstehende Verkaufszeit zurückgeführt. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Geschäftslage im allgemeinen ungünstiger, da die Ausfuhr vollständig stockte.

Dr. Eduard Mertens †. Wohl allen Kollegen wird das Tiefdruckverfahren durch die verschie-

densten illustrierten Zeitungen, die in diesem hergestellt werden, bekannt sein. Der Erfinder desselben, Dr. Eduard Mertens, ist am 22. Februar, 50 Jahre alt, gestorben. Im Gegensatz zu vielen anderen Erfindern konnte er wenigstens den Erfolg seiner Erfindung noch erleben. Dr. Mertens war als Sohn eines Großfabrikanten in Berlin geboren, studierte an verschiedenen Universitäten Chemie und Physik und widmete sich nach seiner Promovierung chemischen und drucktechnischen Studien. Unter der Unterstützung des Mühlhauener Großindustriellen Schlumberger gelang es ihm, 1907 die Walzenphotogravur für die Textilindustrie auszuarbeiten. Das Verfahren vereinfacht auf den Papierdruck zu übertragen, wurde von ihm verbessert und 1910 konnte er den *Mertensdruck* im Prinzip vollenden. Die Freiburger Zeitung gab damals die erste illustrierte Zeitschrift dieser Art heraus. Weiter haben sich dann eine ganze Reihe von Tageszeitungen des Verfahrens bemächtigt. Von Siegburg aus nahm das Verfahren seinen Zug durch Deutschland und wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, würde jedenfalls die ganze Welt von diesem Gebrauch gemacht haben. Das Tiefdrucksyndikat in Berlin hatte ja schon vor dem Kriege hierzu die Wege geebnet. Es dürfte sich lohnen, die technische Entwicklung des Tiefdrucks im Auge zu behalten und dürfte das Verfahren auch so, wie es jetzt benutzt wird, noch nicht zum Abschluß gelangt sein. Insbesondere wird man auch weiter den Versuch machen, den farbigen Tiefdruck so zu vervollkommen, daß er mit den anderen drucktechnischen Verfahren, die Farben wiederzugeben, erfolgreich konkurrieren kann. Die Maschinentechnik müßte sich natürlich der Eigentart des Tiefdrucks anpassen und haben die verschiedensten Maschinenbauformen sich in diesen Dienst gestellt. Jedenfalls dürften die Verdienste Dr. Mertens überall da, wo man die Tiefdrucktechnik zu würdigen weiß, ebenso hoch geschätzt werden.

Ausbau der Kontrolle über die Verteilung der Auslandslebensmittel. Angesichts der bevorstehenden Einfuhr von Lebensmitteln sind verschiedentlich Befürchtungen laut geworden, daß die betreffenden Waren von Groß- und Kleinhändlern dem Schleichhandel zugeführt werden könnten. Infolgedessen werden von verschiedenen Seiten Verschärfung und Ausbau des Überwachungssystems sowie Anstellung von Lebensmittelkontrolleuren aus Arbeiterkreisen gefordert, um eine wucherische Ausbeutung der Bevölkerung zu unterbinden. Hierzu ist zu bemerken, daß die eingeführten Lebensmittel von behördlichen Organen übernommen und der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt werden. Die hauptsächlichsten bisherigen Quellen des Schleichhandels waren bei inländischen Lebensmitteln die Erzeuger und bei ausländischen Waren die Schmuggler. Beide fallen für die jetzt in Frage kommenden Lebensmittel fort. Die schärfere Überwachung der zu verteilenden Lebensmittel zwecks Bekämpfung des Schleichhandels entspricht durchaus den Wünschen des Reichs Ernährungsministeriums. Es hat bereits in seinen Richtlinien für die Erfassung und Verteilung der Vorräte die Kommunalverbände angewiesen, die örtlichen Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernräte bei der Ausübung der Kontrolle mit heranzuziehen. Damit wird der für die Ausgabe der Auslandslebensmittel vorgesehene Ausbau des Überwachungssystems, der den genannten Wünschen entspricht, eine gerechte Verteilung in allen Bevölkerungsschichten gewährleisten. Einer weiteren von Verbraucherseite aufgestellten Forderung, die Konsumvereine bei der Lebensmittelverteilung mit heranzuziehen und sie den Großhändlern gleichzustellen, ist bereits durch ein Rundschreiben des Reichs Ernährungsministeriums ausgesprochen worden. Die Anordnung ist am 15. März in Kraft getreten.

Sozialisierung der Hochseefischerei. In den Fischereikreisen ist eine starke Erregung bemerkbar, die an dem Verkauf eines Teils der im Besitz des Reichs befindlichen Fischdampfer an private Firmen Anstoß nimmt und für eine baldige Sozialisierung der Hochseefischerei eintritt. Im Anschluß an diese Tatsache ist es von Interesse, daß die Sozialisierungskommission bereits am 20. März der Reichsregierung ein vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Hochseefischerei überreicht hat, dessen Veröffentlichung sicherlich dringend geboten ist.

Proletariatsleiden. In der Akademie der Wissenschaften wies Prof. Rubner, wie wir berichteten, kürzlich auf das Elend in den Siedenhäusern hin, das ihnen der Hungerkrieg gebracht hat. Die Meldung eines Siedenhauses lautete: Die Insassen sind alle gestorben! Neue erschreckende Zahlen liegen uns jetzt wieder zu diesem Thema vor. Es handelt sich um ein süddeutsches Siedenhäuser. Es besteht bekanntlich die Bestimmung, daß der Körper derer, die auf Staatskosten versorgt werden sind, nach ihrem Tode, wenn keine Einwendungen erhoben werden, der Anatomie zugeführt wird zur Ausbildung der Medizinstudierenden. Die in Frage stehende Anstalt übergab der Anatomie nun vor dem Kriege jährlich durchschnittlich 10—12 Leichen. Im Jahre 1915 waren es aber bereits 33, 1916 waren es 45, 1917 gar 94! Und weil im Jahre 1918 nicht mehr genügend Siedehäuser vorhanden waren, sank die Jammerzahl 1918 hernieder auf 38. Das war der Krieg! So litt das proletarische Volk!

Aus dem Ausland.

Preissturz auf dem Lebensmittelmarkt in Amerika. In Amerika hat jetzt, wie die Deutsche Orient-Korrespondenz berichtet, mit dem Beginn der Demobilisierung die Nachfrage der Heeresverwaltungen nachgelassen, während unter dem Einflusse der hohen Kriegspreise die Erzeugung von Nahrungsmitteln stark zugenommen hatte. So zeigt auch eine neue, vom Ackerbauministerium herausgegebene Statistik des Viehbestandes eine Zunahme der Schweine in der Zeit vom Januar 1918 bis Januar 1919 um 4,3 Millionen Stück. Die Schafe haben um etwa eine Million Stück und das Rindvieh auch um fast eine Million Stück zugenommen. Die Wirkung der hieraus entstandenen stärkeren Versorgung der Viehmärkte tritt nun, wie die amerikanische Presse mitteilt, in einem starken Sinken der Großhandelspreise in die Erscheinung. Vor allem sind Rindfleisch, Kalbfleisch und Lammfleisch erheblich im Preise zurückgegangen. Noch stärker ist sogar die Preisenkung für Butter und Eier. Einen Preissturz hat aber geradezu Schweinefleisch erlebt, dessen Notierungen in den letzten Wochen um 40 v. H. gefallen sind.

Ein ähnliches Bild wird aus Schweden gemeldet. Einer Darstellung des Reichsministeriums entnehmen wir: »Es zeigt sich jetzt, daß die Vorräte im Lande nicht nur bei der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung tatsächlich größer sind, als man allgemein angenommen hatte. Es ist die allgemeine Erfahrung der größeren Stadtgeschäfte, daß die Kundschaf nicht mehr auf Vorrat, sondern nur immer den Tagesbedarf einkauft. Nach Lebensmitteln, um die, als sie rationiert waren, kürzlich noch der reine Weitaufstand, fragt man kaum mehr. Gleichzeitig wird der Markt von den Waren der Kriegswucherer überschwemmt, die in Ausnutzung der Konjunktur noch zu retten suchen, was irgend zu retten ist. Das gilt ganz besonders von Kolonialwaren, deren Preis bis auf ein Zehntel des kürzlich bezahlten heruntergegangen ist. Die freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage tritt wieder in ihre Rechte. Allen Höchstpreisbestimmungen zum Trotz fangen Produzenten und Händler wieder an, sich untereinander zu unterbieten. Mit Brot begann es, Gemüse, Käse, Heringe, Speck, Kartoffeln folgen, eins nach dem anderen.«

Die Arbeiterräte in der Reichsverfassung.

Unmittelbar vor Beginn des zweiten Rätekongresses hat die Reichsregierung ihre Vorschläge über die Verankerung der Räte in der Reichsverfassung herausgebracht. Sie weicht der Erörterung über ihren Standpunkt nicht aus, sondern stellte ihre Vorschläge gerade auf dem Rätekongreß zur Debatte. Es ist danach anzunehmen, daß die hauptbeteiligten Minister ihren Standpunkt auch vor dem Rätekongreß vertreten werden.

Nach den Vorschlägen der Reichsregierung werden Betriebsräte, Bezirksräte und Reichsräte gebildet. Der Reichsarbeiterrat wird mit Vertretungen der Unternehmer zu einem Reichswirtschaftsrat vereinigt. In der gleichen Weise werden Bezirkswirtschaftsräte gebildet. Diese Wirtschaftsräte haben das Recht, Gesetzesvorlagen zu entwerfen und zu begutachten und ihre Entwürfe werden den Regierungsvorlagen gleichgestellt. Außerdem haben die Arbeiterräte und Wirtschaftsräte Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse. Als ihre eigentliche Aufgabe wird die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben — viel besser wäre im ganzen Gesetzentwurf statt gesamtwirtschaftlicher der klarere Ausdruck gemeinwirtschaftlich gebraucht — und die Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze bezeichnet.

Wie es für uns selbstverständlich war, hat die Regierung also den Arbeiterräten des Betriebs, des Bezirks und des Reichs und ebenso den Arbeiterräten, Arbeitskammern oder Wirtschaftsräten große und wichtige wirtschaftliche Funktionen zugewiesen. Nur in engster Gemeinschaft mit den Gewerkschaften werden sie diese lösen können. Wenn erst in Deutschland wieder einige Ruhe eingezogen ist, dann werden die Vorschläge zu den Räten wieder in den Gewerkschaften gemacht und die Tätigkeit der Räte der Arbeiter den Gewerkschaften angepaßt werden. Abgelehnt hat hingegen die Regierung die Übertragung politischer Macht auf die Arbeiterräte. Auch dieses konnte nicht anders erwartet werden.

Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu Artikel 34 der Reichsverfassung angenommen: »Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die helseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen nach Betrieben und Wirtschaftsgebieten gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs-, Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen

der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstage zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte, sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt.

Diesem Zusatz soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Über die Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens

schreibt das »Korrespondenzblatt«, nachdem es die grimmige Streikwut, die Arbeitsunlust der Arbeiter scharf kritisierte, weiter:

»Freilich ist es nicht nur ein Teil der Industriearbeiter, der zur Vermehrung des Chaos beiträgt. Es ist außerordentlich interessant zu beobachten, wie die berühmtesten Staatssäulen von einst nun für sich das Recht in Anspruch nehmen, das ganze wirtschaftliche und politische Leben unseres Volkes in Verwirrung zu bringen. So reklamierte kürzlich die »Deutsche Tageszeitung« für die deutsche Landwirtschaft das sittliche Recht, die Streikwaffe anzuwenden, um die Kriegsernährungsorganisation und die Beschlagnahme der Lebensmittel abzuschütteln. Die »Vossische Zeitung« berichtet aus dem Amte Burbach, daß die Rindviehbesitzer sich verpflichtet haben, keine Milch mehr zu liefern, wenn der Preis nicht auf 80 Pfg. erhöht wird; die Landwirte der Amtshauptmannschaft Grimma wollen den Milchstreik beginnen, wenn der Milchzwang nicht aufgehoben wird; in Würtemberg und im Posenschen werden die Beamten schwer mißhandelt, die zur Revision auf die Güter und Gehöfte hinausgesandt werden. Und eine der ersten Stützen von Thron und Altar von einst, der Janusdäuer, erklärte in der landwirtschaftlichen Woche, daß, wenn »wir«, das heißt die Junker, nicht vor Streiks geschützt werden, »müssen wir die Lieferungen einstellen. Mir ist es ganz gleich, ob ich als Scharfmacher verschrien werde.« In dem gleichen Tone klang manche Rede auf der Tagung des Bundes der Landwirte aus.

Die Schrotjunker, die im Kriege und auch während der Revolution ausschließlich Geschäfte gemacht haben, schelen ganz und gar zu vergessen, daß wir jetzt in der Revolution leben, und daß, falls ihnen das Fell juckt, sehr leicht die Möglichkeit hergestellt werden kann, daß sie es auch gekratzt bekommen. Wir bitten sie zu beachten, daß man in dieser Zeit aus deutschen Eichen auch Galgen für die Reichen machen kann, und daß wir, so sehr wir auch für eine ruhige Entwicklung eintreten, die ersten sein würden, wenn es sich darum handeln würde, das Verbrechen der Lebensmittelsperre, unserer eigenen Landwirtschaft abzuwenden. Dieses Verbrechen an der großstädtischen Bevölkerung würden wir uns keine Woche lang gefallen lassen. Und glücklicherweise ist der maßgebende überwiegende Teil der Landwirtschaft auch vernünftig und vaterländisch genug gesinnt, um sich von derartigen verbrecherischen Aktionen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes fernzuhalten.

Immerhin sind auch diese Fälle, in denen die destruktiven Tendenzen stark hervortreten, ernst genug, um in diesem Zusammenhang aufgeführt zu werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß wir überall zur Besinnung kommen, und daß dafür gesorgt wird, daß die Arbeit in der Landwirtschaft wie in der Industrie in möglichst weitem Umfange wieder aufgenommen wird. Die Gewerkschaften sind und müssen unausgesetzt weiter bestrebt sein, die Industrie in Gang zu bringen und in ihrer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden wird fortwährend in diesem Sinne gearbeitet. Aber auch die Arbeiterräte sollten ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft in gleicher Richtung ausüben und insbesondere dafür Sorge zu tragen suchen, daß die wilden Streiks, mögen sie politischen oder wirtschaftlichen Zielen angeblich dienen, unterbleiben, oder zum mindesten nicht den Umfang annehmen, daß sie unser wirtschaftliches Leben lahmlegen. Es ist die Pflicht aller Kreise und Einrichtungen der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß wir nicht zugrunde gehen. Deutschland darf nicht dem Ruin entgegengebracht werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil der Ruin Deutschlands am schlimmsten für die deutsche Arbeiterklasse ausschlagen müßte. Die deutschen Arbeiter würden in der Tat wirtschaftlichen Selbstmord begehen, wenn sie jetzt nicht mit aller Kraft dafür sorgen, daß unser Wirtschaftsleben möglichst wieder in vollem Umfange in Gang gebracht wird.

Lohn und Preis.

Die Agrarier planen einen neuen Raubzug auf die Taschen des Volkes. Wiederum, sollen es die

breiten Massen sein, die durch erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise geschröpft werden sollen, um den Krautjunker die Sädel zu füllen. Die Steigerung der Löhne muß die Begründung zu diesem Tun abgeben.

Tatsache ist, daß eine Steigerung der Löhne stattgefunden hat. Die angeblichen Phantasielöhne sind, wenn sie wirklich existiert haben, Ergebnisse des Krieges gewesen, der wirklich nicht nur die Löhne ins Frazenhafte verzogen hat. Die Lohnsteigerungen sind, gemessen an den gestiegenen Preisen der Waren, verhältnismäßig gering. Man braucht nur die Lebensmittelpreise vor und nach dem Kriege in Vergleich zu stellen, um schnell zu finden, in welchem Verhältnis Arbeitslohn und Warenpreis steht. Geht man gar zur vergleichenden Statistik über, so ist ohne weiteres ersichtlich, daß erst die Warenpreise gestiegen sind und dann, langsam und bedächtig, die Arbeitslöhne gefolgt sind.

Trotz dieser unumstößlichen Tatsache macht sich das Bestreben geltend, der Steigerung der Arbeitslöhne hemmend in den Arm zu fallen und Stimmen werden laut, die einen Abbau der Warenpreise predigen. Man argumentiert, daß die bis zu einem gewissen Punkte gesteigerten Löhne die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt unterbinde oder gar unmöglich mache und so verhindere, daß das deutsche Volk vor allen Dingen mit preiswerten Lebensmitteln versehen werden könnte. Die Finanzkraft des deutschen Reiches sei durch den Krieg derartig heruntergebracht und die Valuta so gesunken, daß nur durch Ausführung von Rohstoffen und Halbfabrikaten der Import möglich sei. Aber die fortwährende Beunruhigung der Produktion durch Lohnforderungen und Streiks brächten das schon hart am Abgrund stehende Wirtschaftsleben nicht vorwärts, sondern führten es rettungslos dem Verderben zu.

Soviel Gutes und Richtiges auch an dieser Beweisführung ist, so wendet sie sich doch ganz offensichtlich an die falsche Adresse. Einmal ist es die Arbeiterschaft nicht, die die Krise verursacht hat, und zum Anderen müßten die Lohnerhöhungen erfochten und erstritten werden, weil die Preissteigerung aller Waren eine solche Höhe erreicht hatte, daß ein Existieren mit den Friedenslöhnen eben unmöglich war. Es ist eine totale Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, zu glauben, dem Lohnarbeiter läge an einer möglichen hohen Lohnsumme viel. Nicht die Höhe der Lohnsumme, sondern die Kaufkraft dieser Summe ist maßgebend und ausschlaggebend. Ein Arbeiter mit 20 Mark Lohn bei gesichertem Auskommen und Befriedigung möglichst vieler kultureller Bedürfnisse wird mit keinem Arbeiter tauschen, der seine Arbeitskraft für 100 Mark pro Woche verkauft und dabei nicht in der Lage ist, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Also nicht die Lohnhöhe ist maßgebend für den Verkauf der Arbeitskraft, sondern die Menge Waren, die der Arbeiter für seinen Lohn zu kaufen in der Lage ist.

Damit sind Arbeitslohn und Waren in ein Verhältnis gesetzt, obwohl sie sich anscheinend ganz entgegenstehen. Aber wie so oft, so trägt auch hier der Schein. Genauere Betrachtung und Untersuchung ergeben auch hier, daß sowohl im Arbeitslohn als in den Waren etwas Gemeinsames steckt. Und das Gemeinsame ist der Wert. Außer sich der Wert einer Ware im Preis, so ist schließlich der Arbeitslohn der Preis für geleistete Arbeit. Da nun das tägliche Leben ein ständiges Schwanken der Warenpreise als auch des Arbeitslohnes zeigt, so muß noch ein weiterer Faktor sein, der hier bestimmend mitwirkt. Nach Marx wird der Wert einer Ware bestimmt durch die in ihr enthaltene, gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Ist der Lohn der Preis für geleistete Arbeit, so muß der Wert der Arbeit gleich sein dem Lohn, den der Arbeiter erhält. Da nun der Arbeiter seine Arbeit nicht verkaufen kann, weil alle Rohmaterialien, Raum und sonstiges Zubehör vom Unternehmer geliefert wird, so muß es etwas anderes sein, was der Unternehmer vom Arbeiter für den gezahlten Lohn erhält. Bei genauerer Untersuchung ergibt sich dann auch, daß der Arbeiter nicht seine Arbeit verkauft, sondern seine Arbeitskraft dem Kapitalisten gegen Lohn zur Verfügung stellt. Der Wert der Arbeitskraft aber ist gleich dem Werte, der notwendig ist, die Arbeitskraft tagtäglich zu reproduzieren, wiederherzustellen. Der Arbeiter verkauft also seine Arbeitskraft dem Kapitalisten nur zu dem Zwecke, um sie jeden Tag wieder neu herstellen zu können. Diese Reproduktion der Arbeitskraft ist auch zugleich die Existenz des Arbeiters. Beide sind untrennbar miteinander verbunden, lassen sich nicht teilen und bedingen sich gegenseitig. Die Existenz des Arbeiters ist daher nur gegeben, wenn er alle die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendigen Waren für seinen Arbeitslohn kaufen kann.

Angebot und Nachfrage, die in der bürgerlichen Ökonomie eine so große Rolle spielen, bestimmen nicht den Wert einer Ware, sondern beeinflussen nur deren Preis. Ist die Nachfrage nach einer Ware groß, so steigt der Preis, ist das Angebot groß, so fällt er. Aber immer schwankt der Preis der Waren und deren Wert. Aber zwischen hohen Preisen und hohen Werten ist ein Unterschied. Eine Ware kann im Preise steigen wegen großer

Nachfrage, aber auch wegen geringen Angebots. Treffen beide Faktoren zusammen, große Nachfrage und geringes Angebot, so steigen die Preise wahn sinnig und schlagen in Wucher um, sobald es Bedürfnisse der breiten Masse betrifft. Der durch hohe Preise erzielte Extraprofit ist in seiner Rücksichtslosigkeit zu allem fähig, geht ohne Bedenken über Leichen hinweg und zerstört ein ganzes Volk, wenn es zu schwach ist, Front dagegen zu machen.

Große Nachfrage und geringes Angebot sind die Zeichen der Zeit. Die Ursache dieser Krise ist der Krieg, der Deutschland alle Auslandsmärkte mit einem Male verschloß und eine geradezu wahn sinnige Verschleuderung und Verschwendung im Gefolge hatte. Je länger der Krieg anhält, um so tieferhender wurde die Zerrüttung der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands. Alle Ideologien, hier helfend einzugreifen, scheiterten an der ökonomischen Grundsätzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, deren treibende Kraft der Profit ist. Den Profit aber aufzuheben, ist gleich der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft durch sich selbst.

Keine Wirtschafts- und Gesellschaftsform hebt sich selbst auf. Die eiserne Macht der Entwicklung aber zwingt jede Wirtschafts- und Gesellschaftsform, mit ihrer Entwicklung zugleich am eigenen Busen den eigenen Totengräber groß zu ziehen. Die Totengräber der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind die Arbeiter, die in ihrer Zahl wachsen, je stärker der Kapitalismus wächst. Je stärker der Kapitalismus wächst, um so zahlreicher wird die Arbeiterzahl, die dem Kapital Dienste leisten muß, um so stärker wird aber auch der Wille, diese Last abzuwälzen und um so stärker wird der Widerstand. Profiteure und Lohnräte fedten einen harten Kampf auf Leben und Tod aus und keine Macht der Erde ist im Stande, diesem Kampfe auch nur zeitweilig Einhalt zu gebieten oder aufzuheben. Denn der Arbeiter kann nur bei Strafe des Unterganges seine Arbeitskraft wesentlich unter seinem Werte verkaufen und bedingt einen ständigen Kampf mit dem Kapital, das seine Triebkraft, den Profit, in Gefahr sieht.

Selbst der beste Wille zur Verständigung muß hier jämmerlich versagen. Hier Kapitalismus, hier Sozialismus, ist die Parole. Und da der Sozialismus, die organisierte Arbeit der Gesamtheit für die Gesamtheit, der einzige Weg ist, aus diesen chaotischen Zuständen herauszukommen, so ist seine Propagierung und Durchführung unter Anwendung größter Energie zu betreiben und durchzusetzen. Dabei gilt es natürlich auch die Kräfte aus der Arbeiterschaft herauszuholen, die vermögen der organisierten Arbeit den Weg zu weisen, daß sie der organisierten Arbeit zu Nutz und Frommen gereicht. hr.

Die soziale Wohnungsreform im Dienste der Ledigenfürsorge.

Die fürchtbare Menschenverwüstung durch den Krieg gibt der Wohnungsfrage eine viel größere tragische Seite, als wie sie äußerlich betrachtet erscheint. Was vor dem Kriege für die reaktionären Parteibildnisse noch als »übertriebene Sozialpolitik« angesehen werden konnte, ist jetzt für den Neubau unseres Volkes eine Tagesforderung von streng ernster Bedeutung geworden. Hunderttausende von Volksgenossen sind aus dem Felde als Kriegsverletzte, als Krüppel oder sonst an der Gesundheit schwer geschädigt zurückgekehrt. Dazu kommen im weiteren die Wirkungen der Hungerblockade auf Körper und Geist bei der Gesamtbevölkerung, die durch die Kriegssychose sich geradezu als nervenaufreibend zeigen mußten. Eine zielbewußte Bevölkerungspolitik steht hier vor gewaltigen Aufgaben, die sich zur Schaffung einer neuen Generation nicht in kleintlichen Mitteln erschöpfen kann. Und dabei wird im Auge zu behalten sein, daß Deutschland schon vor dem Kriege mit einem Frauenüberschuß zu rechnen hatte, der 1913 933800 Personen betrug, so kommt jetzt noch hinzu, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Männer infolge der Kriegserkrankungen für die Ehe und Zeugung ausscheiden muß. Das moralische und wirtschaftliche Verantwortlichkeitsgefühl wird dafür Sorge tragen, daß kranke Personen eine Ehe nicht eingehen; die dann also der Zeugung und dem Wohnungsbedürfnis anders gegenüberstehen müssen. Einen Beitrag zu diesen Fragen gibt die »Concordia« im November 1918, es heißt da:

»Daß die Wohnungsnot schon heute so groß ist, daß der Wohnungsbedarf nach Friedensdunst so über alle Maßen gewaltig sein wird, mag manchen überraschen, der an die Entwicklung unserer Geburten und Sterbefälle im Kriege denkt. Hatten wir doch in den letzten fünf Friedensjahren, d. h. vom 1. August 1909 bis zum 31. Juli 1914, bei 9382000 Geburten nur 5256000 Sterbefälle, also einen Geburtenüberschuß von 4126000, während wir für die fünf Jahre vom 1. August 1914 bis zum 31. Juli 1919, gleichviel wann der Friede geschlossen wird, nur mit 5 1/2 Millionen Geburten und, selbst wenn der Friede morgen geschlossen würde, mit rund 7 Millionen Sterbefällen, so werden wir also jetzt mit einem Geburtendefizit von etwa 1 1/2 Millionen zu rechnen haben. Aber durch die Kriegsterbefälle werden nur wenige Wohnungen

frei, und der Rückgang der Geburten ist für die Zahl der jetzt benötigten Wohnungen fast ohne Bedeutung. Tatsächlich werden wir trotz geringerer Bevölkerung nach dem Kriege weit mehr Haushaltungen haben als bisher. Wenn nun auch der Geburtenausfall den Wohnungsbedarf in der Gegenwart kaum vermindert, so werden seine Wirkungen in einer späteren Zeit desto stärker sein. Wie unsere Schulen von 1922 ab nur noch den halben Nachwuchs haben werden, wie unserem Arbeitsmarkt von 1930 ab die jugendlichen Kräfte nur spärlicher zufließen können, so werden die Neubegründungen von Haushaltungen in 20 Jahren plötzlich zurückgehen. Der Minderbedarf an Wohnungen infolge des Geburtenausfalles im Kriege wird dann wenigstens $\frac{3}{4}$ Million betragen. Aber dieser Minderbedarf ist eine spätere Sorge. Die Frage, die uns heute bedrückt und die wir lösen müssen, wenn wir unser Volk nicht noch schwereren Entbehrungen aussetzen wollen, lautet: Wie beseitigen wir die Wohnungsnot, unter der wir jetzt schon leiden und wie verhüten wir die Obdachlosigkeit, die Millionen von Volksgenossen nach Friedensschluß bedroht?

Aber die Wohnungsfrage besteht für den kranken Volkskörper nicht allein in der Gefahr, daß Tausende von Volksgenossen mit dem Möglichen einer Obdachlosigkeit rechnen können, der doch immerhin durch Nothelfer wie Barackenbauten usw. entgegengearbeitet werden kann, sondern, daß bei deren Lösung im sozialen und sittlichen Sinne darauf hingewirkt werden muß, daß auch für alle Teile der Wohnungsbedürftigen die schweren Nachteile des Wohnungswunders, der Überfüllung und der gesundheitsschädlichen Wohnräume vermieden wird. Diese Mißstände erneut mit Zahlen zu belegen, ist nicht notwendig. Sehr richtig ist deshalb, wie von autoritativer Seite gesagt wurde: »Der Volkswirt und der Sozialpolitiker, der Geistliche wie der Armenpfleger, der Gemeindevertreter und der Arbeiterführer, ja auch der aufmerksame Zeitungsleser sehen die Mißstände Tag für Tag; aber der minderbemittelte Wohnungsmieter spürt sie am eigenen Leibe.« Und dabei wird sich immer die alte Erkenntnis bestätigen: »Je geringer das Einkommen, desto höher ist der Prozentsatz, der für die Miete angelegt werden muß.«

Vor allem ist es die Überfüllung der Wohnungen durch Abvermietungen von Wohnräumen und Herabgabe von Schlafgelegenheiten, welche dem Kleinwohnungsinhaber das eigene Heim verleidet und die Familienfreudigkeit untergräbt und unmöglich macht. Daher auch: Je größer die Zahl der Familie, um so mehr das Zusammendrängen in dem noch vorhandenen Raum; worin dann jeder Winkel ausgenutzt werden muß. Aber abgesehen von der sittlichen Gefahr, die durch das Schlafen von erwachsenen Söhnen und Töchtern mit den Eltern in einem Raum entsteht, so wird andererseits, wie die Erhebungen der einzelnen Ortskrankenkassen ergeben haben, auch bei Krankheitsfällen die Gefahr der Ansteckung und dabei sei hier an die Tuberkulose, Diphtheritis, den Typhus usw. erinnert, nicht unbeträchtlich erhöht. Nach dem Entwurf einer Wohnungsordnung des Staatskommissars für Wohnungswesen vom 6. Dezember 1918 wird unter den »Sozialen und gesundheitlichen Anforderungen« verlangt: Jede Familienwohnung, in der außer den Eltern mehr als zwei Kinder untergebracht sind, soll mindestens aus zwei heizbaren Wohn- und Schlafräumen und Küche bestehen. In diesen Räumen muß so viel Raum vorhanden sein, daß auf jeden Bewohner über 10 Jahre mindestens 20 Kubikmeter Luftraum und 8 Quadratmeter Bodenfläche, auf Kinder unter 10 Jahren mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 4 Quadratmeter Bodenfläche kommen. Auch die Landarbeitsordnung vom 24. Januar d. Js. fordert erfreulicherweise im Absatz 15: »Wohnungen sollen in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung einwandfrei und für Verheiratete unter Berücksichtigung der Kinderzahl und Geschlechter ausreichend sein. Wohnungen der Ledigen sollen heizbar, verschließbar und mindestens mit Bett, Tisch, Stuhl, verschließbarem Schrank und Waschgelegenheit ausgestattet sein.« Wie weit wir in den größeren Orten von diesem »Idealzustand« entfernt sind, darüber hat die Allgemeine Ortskrankenkasse von Berlin durch ihre Erhebungen wiederholt Material veröffentlicht. Nach den ärztlichen Feststellungen bedarf der Mensch beim Aufenthalt in der Wohnung stündlich eine Luftmenge von 33 Kubikmetern, wenn die Luft gut bleiben soll und vorausgesetzt wird, daß stündlich eine einmalige Lüfternung vorgenommen wird. Tatsache ist aber, daß mindestens die Hälfte der großstädtischen Einwohner »in solchen Normalluftzustand entbehren muß.« (Reichsarbeitsblatt 1918, Nr. 11). Oft sind diese Räume durch den Mangel an Querlüftung noch feuchter. Dazu kommt im weiteren die Möglichkeit, daß von seiten der Schlafgänger Krankheitskeime ins Haus getragen werden, oder, daß umgekehrt diese Personen durch Familienkrankheit einer Infektion unterliegen.

Gewöhnlich wohnt die Arbeiterbevölkerung der Mittel- und Großstädte sowie der Industrieorte in den Hinterhäusern. Die Wohnung besteht aus einer Stube und Küche mit Korridor; im günstigsten Falle aus Stube, Kammer und Küche. Dabei wird dann die Küche, Kammer, und wenn irgend mög-

lich, noch der Korridor an Schlafburschen oder -mädchen vermietet. Das enge Zusammenleben vieler fremder, oft nur für kurze Zeit einwohnender Menschen ganz verschiedener Art und Moral, bringt für diese selbst als auch für die Familie des Vermieters vielfach nicht geringe Gefahren im Hinblick auf Gesundheit und Sittlichkeit. Um solche Vermietungen zu ermöglichen, muß sich die Familie zur eigenen Nachtruhe oft große Einschränkungen auferlegen. Die Kinder schlafen zu zweien und zu dreien in den Betten, oder werden auf dem Fußboden gelagert. Nicht anders oft die Schlafleute, die in ähnlicher Weise mit der Nachtruhe abgefunden werden; denn die Nomaden des Wohnungswesens sind die Ledigen. »It solchen Zuständen durch eine großzügige Wohnungsreform und Wohnungsaufsicht ein Ende zu machen, muß die Aufgabe des Reichsarbeitsamts und der Gemeinden sein. Aber nicht allein der so oft betonte Kleinhausbau wird diese Mißstände beseitigen können, man wird auch mehr zu dem Bau von Etagengebäuden übergehen müssen. Denn wie vorauszu sehen, wird die unbedingt erforderliche Wohnungsaufsicht mit ihren Anforderungen dazu angetan sein, die Wohnungsverhältnisse noch schwieriger zu gestalten als wie sie jetzt schon bestehen, und zwar ganz besonders für den größeren Teil der elternlosen Jugendlichen und der schlechtgelohnten weiblichen Personen. Während der männliche Ledige noch in der Lage ist — zum Nachteil seiner geistigen Erziehung, außerhalb des Hauses in den Wirtschaften — oder sonstwo zu verbringen, läßt es das sittliche Ansehen, der gute Ruf der unverheirateten Frauen, Witwen und Mädchen nicht zu, ebenso zu verfahren. Ihre beschränkten Mittel verlangen die Instandhaltung der Garderobe und möglichst auch für die Speisenzubereitung die Benutzung der Küche und die Kochgelegenheit des Vermieters. Daher kommt es auch, daß es den weiblichen Ledigen so äußerst schwer wird, ein leidliches Unterkommen zu finden, denn Damenheime und -pensionate stehen ihnen nicht zur Verfügung. Diese Schwierigkeiten vermehren sich von Tag zu Tag. Man muß erlebt und gesehen haben, mit welchem Verzweiflungsausbruch oft diese armen Frauen eine Mietersteigerung oder Kündigung ihrer Schlafstelle aufgenommen haben!

Um solchen unwürdigen Kulturzuständen ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: Das ist die unabwiesbare Beschaffung von Ledigenheimen. In dem Wohnungs- und Bauprogramm des Reichs, der Bundesstaaten und der Gemeinden muß auch die Wohnungsfürsorge der Ledigen durch die Erbauung von Ledigenheimen einen mehr sichtbaren Charakter erhalten. Denn nur dadurch kann in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung eine durchgreifende Reform des Wohnungswesens sichergestellt werden.

G. Heinke.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Brief aus Schweden.

Werte Kollegen!

Es ist uns bekannt geworden, daß die schwedischen Steindruckereibesitzer, teils durch Schreiben an die deutschen Ortsvorstände und teils durch Inserate in deutschen Zeitungen, deutsche Lithographen und Steindrucker nach Schweden zu verlocken suchen. Da diese Bestrebungen nur in der Absicht geschehen, der hiesigen Kollegenschaft ein Hindernis in den Weg zu legen, ihre Löhne zu einer anständigen Höhe zu treiben können wir nichts anderes, als unsere deutschen Kollegen zu warnen, hierher zu kommen.

Zufolge des Krieges sind die Lebensunkosten hier so unerhört in die Höhe gestiegen, wie kaum in einem anderen Lande. Wir haben viele Versuche gemacht, die Löhne zu erhöhen, wenn die Lebensunkosten gesteigert worden sind, doch ist es uns leider nicht vollkommen gelungen. Die Lohnfrage ist bei uns immer aktuell.

In der letzten Zeit haben die Arbeitgeber ein Kartell gebildet, und unter der Behauptung, daß die Lebensunkosten nun zu sinken begonnen haben, haben sie einen bestimmten Maximallohn festgestellt, und jeder Arbeitgeber hat sich verpflichtet, bei Einstellung von Arbeitskräften ihn nicht zu überschreiten. Da die Behauptung von dem Herabsinken der Lebensunkosten nicht wahr ist, können wir uns nicht darin finden, sondern haben beschlossen, mit allen Mitteln dagegen kämpfen. Darum suchen nun die Arbeitgeber im Ausland geeignete, vor allem aber billige Arbeitskräfte zu erhalten. Daß sie dabei ihre Blicke nach Deutschland werfen, ist uns durchaus erklärlich; denn bei den miserablen Verhältnissen, die gegenwärtig in Deutschland vorhanden sind, glauben sie, daß dort viele Lithographen und Steindrucker gern nach dem Auslande gehen, um Arbeit zu erhalten.

Wenn es aber schon den schwedischen Bewohnern schwer ist, sich unter den hiesigen teuren Lebensverhältnissen aufrecht zu erhalten, so wird dies, gewiß den Ausländern noch viel schwerer. Wenn

sie dessen ungeachtet hierher kommen, legen sie sich selbst eine Schlinge um den Hals, und es wird ihnen schwer werden, sich wieder davon zu befreien. Wir brauchen hier keine ausländischen Arbeitskräfte, dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß wir einer Arbeitslosigkeitperiode entgegengehen und diese wird natürlich um so schwerer, je leichter die Versuche der Arbeitgeber gelingen, sich ausländische Arbeitskräfte zu verschaffen.

Wir hoffen daher, daß keiner von unseren deutschen Kollegen uns solche einen Bären dienst leisten möge, und bitten vor allem, daß kein Stellungsangebot und keine Lohnbestimmungen getroffen werden, bis Auskünfte über die hiesigen Verhältnisse bei uns eingeht und von uns gegeben sind. Besonders wollen wir die Kollegen vor Stellungsangeboten aus Gothenburg warnen, da die dortigen Arbeitgeber in ihren obenerwähnten Bestrebungen sehr aggressiv sind.

Was wir hier von Steindruckern und Lithographen gesagt haben, gilt auch in demselben Maße für die chemigraphischen Fächer und hoffen wir, daß auch diese Kameraden unseren Wünschen nachkommen.

Stockholm, im März 1919.

Mit kollegialem Gruß

A. Wijk,

Vertrauensmann des

Intern. Lithographischen Verbandes Schwedens

Adresse: Hornsgatan 106, Stockholm.

Hamburg!

Der Redakteur der »Graph. Presse« glaubt in einem Nachwort zu unserer Berichtigung seine Ausführungen in Nr. 5 der »Graph. Presse« zu rechtfertigen. Statt dessen führt derselbe neue Unrichtigkeiten ins Feld, ohne auch nur mit einem Wort auf den Grund unserer Berichtigung einzugehen.

Wir haben als falsch moniert, daß der Redakteur über die Hamburger Verhältnisse behauptet, daß ein Teil der Kollegen, die lange Jahre beschäftigt sind, gerade den geforderten Mindestlohn von 60 Mk. verdienen. Gegen diese grundfalsche Behauptung, die dem Redakteur aus der im November 1918 veröffentlichten Statistik bekannt sein mußte, haben wir vor allem protestiert. Schon damals waren in ganz Hamburg nur acht Kollegen mit einem Lohn von 60 Mk. und darunter beschäftigt.

Nun behauptet der Redakteur in seinem Nachwort, daß die Hamburger Kollegen für einen 19-jährigen Kollegen 75 Mk. Lohn beanspruchen. Nicht das Alter des Kollegen, sondern die zurückgelegte Lehr- und Gehilfenzeit ist bei Festsetzung der Löhne maßgebend gewesen. Wir haben als Forderung aufgestellt, daß ein Kollege, der zwei Jahre auslernt hat, 75 Mk. verdienen soll, daß dieser Kollege nach Rechnung des Redakteurs erst 19 Jahre alt ist, konnten wir bei Aufstellung unserer Forderungen nicht wissen. Bei uns sind diese Kollegen, selbst wenn in Zukunft die dreijährige Lehrzeit in Frage kommt, um fast durchweg 2 Jahre älter. Schon jetzt verlassen $\frac{3}{4}$ der Hamburger Kinder mit dem 15. Jahr die Schule, bereits in diesem Jahr wird für das Gros der Hamburger Schüler die Schulzeit um ein weiteres Jahr verlängert. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß der Lohn nicht für das Alter, sondern für die Leistungen bezahlt werden soll. Mag auf die Ausbildung der Lehrlinge mehr wie bisher Wert gelegt werden, dann wird auch der geforderte Lohn nicht zu hoch sein. Hier spricht ja auch die Begründung mit, die wir unseren Anträgen zur Lehrlingsfrage gegeben haben, die ja ebenfalls dem Redakteur nicht unbekannt sein dürften.

Die bei Einsendung unseres Artikels bestandenen Durchschnitts- und Einstellungslohne haben sich inzwischen um weitere 8 Mk. erhöht, sodaß auch die daran geknüpften Bemerkungen des Redakteurs nicht mehr zutreffen.

Wenn der Redakteur nun weiter behauptet, daß Spannungen von 100 Proz. zwischen den Mindestlöhnen und denen für vollwertige Arbeiter allerwärts bestanden haben, so erlauben wir uns dazu zu bemerken, daß dies doch nur in Berlin zutreffen kann und auch hier nur bei den Maschinen-druckern, die aus bekannten Gründen einen Lohn verdienen, der den Durchschnittslohn wesentlich übersteigt.

Wenn noch vor kurzem in einer großen Stadt so niedere Löhne gezahlt wurden wie der Redakteur angibt, so können doch diese rückständigen Verhältnisse nicht für andere Großstädte maßgebend sein. Wir sind der Meinung, daß die Rücksicht auf die Lage des Berufs nicht soweit gehen kann, daß die im Beruf beschäftigten dauernd im Verdienst schlechter gestellt werden wie große Teile der ungelerneten Arbeiter. Eine derartige Politik dürfte durchaus nicht zur Gesundheit des Berufs beitragen.

Nachwort. Infolge der Unterbrechung in der Herausgabe der »Graphischen Presse« können wir die vorstehende Entgegnung der Hamburger Kollegen erst heute bringen. Wir sind immer noch der Ansicht, daß viele der hier angezogenen Einzelheiten mehr von örtlichen Verhältnissen aus betrachtet sind. Im Kern der Sache ist ja inzwischen die Entscheidung im Sinne der Hamburger Kollegen gefallen.

Ortsberichte.

Frankfurt a. O. Allgemeine-Versammlung. Unsere am 25. d. Mts. abgehaltene stark besuchte Mitgliederversammlung beschloß sich nach Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte mit der Hauptfrage des Abends: »Stellungnahme zum Tarif.«

In der äußerst lebhaften Diskussion, die über diesen Punkt einsetzte, kam der Wille der Mitglieder dahingehend zum Ausdruck, daß in der jetzigen Zeit der politischen sowie wirtschaftlichen Hochspannung die Mitglieder einen Tarifvertrag sich nicht vorzulegen vorstellten können. Die Ansicht sämtlicher Kollegen ging dahin, daß der Drang der vorwärtseilenden Arbeiterklasse durch derartige Bindeverträge nur gehemmt wird. Ganz besonders trappierte sämtliche Mitglieder das vorgelegte Vorschlagesmuster. Von dieser Zeit bis heute hat sich die Lebenshaltung eines jeden Einzelnen wieder um ein bedeutendes gesteigert. Sollte dieses Vorschlagesmuster vollendete Tatsache werden, so kann man doch mit Bestimmtheit annehmen, daß die Ausgaben des Arbeiters 2 Monate später wieder ein ganz anderes Gesicht zeigen als nach Abschluß des Tarifes.

Nach vorstehendem könnte sich die hiesige Zahlstelle mit der Ausfüllung der Lohnstatistiken für den Tarifabschluß nicht bereit erklären.

Nachwort: Uns will scheinen, als sprächen diese an sich durchaus richtigen Einwände gerade für eine gute Lohnstatistik, denn daß die Preise der Waren von Woche zu Woche steigen kann wohl kein Ernstzunehmender bestreiten. Die Redaktion.

Heidenheim an der Brenz. Dem Zuge der Zeit folgend fühlen auch Kautindruker und Graveure der Würtbg. Kattun-Manufaktur das Bedürfnis, einem Verbandsbeitritt. Mit den Graveuren hielt der Metallarbeiter-Verband eine Versammlung ab, in der diese fast vollzählig dem Metallarbeiterverband beitraten. Mit den Kattundruckern hielt Kollege Böckler von den Steindruckern eine Versammlung ab, zu der Gauleiter Kieß aus Stuttgart erschienen war. Die Kollegen Kieß und Böckler erläuterten in dieser Versammlung Zweck und Ziele unseres Verbandes sowie seine Leistungen. Sie setzten insbesondere auseinander, warum in unserem Verbandsbeitritt die Beiträge höher sind als bei den andern Verbänden. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und es erfolgte die Aufnahme von 20 Druckern und 2 Mitgliedern für die Lehrlingsabteilung. Zugleich wurde eine Lohnforderung beraten und eingeleitet, welche eine monatliche Zulage von 40 Mk. zum Erfolg hatte. Ferner wurde die Aufstellung einer Lohnskala eingeleitet in 4 Stufen mit Altersgrenze bis zum Höchstgehalt gefordert; diese steht noch aus. Da Heidenheim früher zur Zahlstelle Ulm zählte wurde in dieser Versammlung die Gründung einer eigenen Zahlstelle beschlossen. Die Zahlstelle hat jetzt 25 Mitglieder mit 2 Lehrlingen. Möge die Zahlstelle Heidenheim blühen und gedeihen, damit die Interessen unserer Kollegen am Orte stets richtig gewahrt werden. Denn einzeln ist man nichts, aber vereinigt eine Macht.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Dresden. Lichtdrucker. Zusammengefaßter Bericht über 2 Versammlungen im Februar und März 1919. Nachdem die Verbandsinteressen der Lichtdruckerkollegen während der letzten Kriegsjahre fast völlig vergessen waren, fanden sich am 12. Februar und am 5. März die Berufsgenossen zusammen, um den Jahresbericht der Verwaltung zu hören. Allzuviel war, abgesehen von lokalen Begebenheiten, nicht zu vernehmen. Es drehte sich, als die alte Verwaltung durch eine neue mit Kollegen Ubricht als Vorsitzenden ersetzt war, in der Hauptsache um die Lohnfrage. Restlos stand jeder anwesende Kollege auf dem Standpunkt, daß unsere Einkommensverhältnisse miserable seien und eine Lohnbewegung unabweisbar sei. In der Besprechung darüber trat auch bei uns, wie an so vielen anderen Druckorten, der Umstand in die Erscheinung, daß die Gewerkschaftsleitung vor allzu überspannten Forderungen warnte, ein Umstand, über deren Weltfremdheit man nachgerade nicht mehr diskutieren mag. Die neue Verwaltung unternahm die erforderlichen Schritte und hatte auch keine nennenswerten Schwierigkeiten zu überwinden, waren doch auf Vorschlag der Verbandsleitung die Forderungen so gering gestellt, daß sie ja nur den Charakter von Almosen hatten. Erreicht wurde in der Hauptsache, daß die Löhne unter 50 Mark pro Woche um 12 Mk. aufgebessert wurden, Löhne bis 55 Mk. um 8 Mk., Löhne bis 60 und 70 Mark um 6 und 5 Mark. Resigniert mag wohl so mancher Kollege bei Empfang der »Erhöhung« konstatiert haben, daß wir bei der »Schraube ohne Ende« doch bald wieder auf dem alten Zustand angeangelt sein werden. Recht lebhaft entwickelte sich die Aussprache, angeregt durch Kollegen Schäfer, über die Schreibweise der »Graphischen Presse« und des hiesiger Gewerkschaftskarteils. Eine Resolution

darüber wurde einstimmig der Hauptversammlung zur Annahme empfohlen. Die Wünsche der Versammelten kamen bei der in nächster Zeit zur Debatte stehenden Ferienfrage zum Ausdruck, über deren Ergebnisse ein weiterer Bericht folgen wird.

Hamburg. Chemigraphen. In der am 2. April stattgefundenen gutbesuchten Versammlung der Chemigraphen Hamburgs gab Kollege Strauer den Bericht von den Verhandlungen des Tarifausschusses am 25. und 26. Februar in Berlin. Er verurteilte es scharf, daß wir erst nach reichlich 4 Wochen das Protokoll von denselben erhalten haben, so daß es uns unmöglich war, vordem schon Stellung dazu zu nehmen. In der sich dem Bericht anschließenden regen Diskussion wurde von allen Rednern, daß von unseren Vertretern in Berlin erreichte als absolut unzureichend bezeichnet. Es ist den Hamburg Chemigraphen unverständlich, wie unsere Gehilfenvertreter solchen Zugeständnissen ihre Zustimmung geben konnten. Es wurde einstimmig beschlossen, sich voll und ganz für die Resolution der Berliner Kollegen vom 28. Februar dieses Jahres einzusetzen und gleichzeitig an die Zentralkommission der Chemigraphen folgenden Antrag zu senden.

Die Chemigraphen Hamburgs beantragen erneut, daß das Tarifamt unvorzüglich seine Beschlüsse vom 25. und 26. Februar einer Revision unterzieht, da das Erreichte einen Hohn auf die Forderungen der Gehilfen darstellt. Sie erwarten in der Lohnfrage unbedingt ein weiteres Entgegenkommen der Prinzipalität, verurteilen jedoch jedes örtliche Vorgehen der Gehilfenschaft, da sie nur von einer gemeinsamen Aktion aller Kollegen im Reiche ein günstiges Resultat erwartet. Die Chemigraphen Hamburgs fordern deshalb die Kollegen im Reiche auf, geschlossen unseren Antrag zu unterstützen und sich für eine Lohnbewegung einzusetzen. Sie bedauern es, daß sie auch jetzt wieder unseren leitenden Instanzen in Berlin ihr Mißtrauen aussprechen müssen, und lehnen bei einem nicht baldigen entgegenkommenden Verhalten der Prinzipalität die Verantwortung für etwaige Beunruhigungen des Gewerbes ab. Auch beantragen die Chemigraphen Hamburgs erneut, daß zur Besprechung der ganzen mißlichen Lage im Reiche unbedingt eine Chemigraphen-Konferenz einberufen werden muß, da die Gehilfenschaft zu ihren berufenen Vertretern nach den gemachten Erfahrungen, kein Vertrauen mehr haben kann.

Zur Lehrlingsfrage beantragen sie, daß auch hier unbedingt etwas geschehen müßte, sie fordern die dreijährige Lehrzeit bei einer Kostgeldentschädigung von 10 Mk. im ersten, 15 Mk. im zweiten und 20 Mk. im dritten Jahr der Lehre.

Photogr. Mitarbeiter.

Tarifabkommen mit einer Innung.

Die Photographen-Zwangsinnungen haben es bisher abgelehnt, mit unserer Organisation direkt zu verhandeln. Abweichend hiervon wurde am 7. März unter Mitwirkung der Lohnkommission in Kiel der erste Tarif zwischen unserer Organisation und einer Innung, und zwar der Kieler Photographen-Zwangsinnung abgeschlossen. Die wesentlichen Bestimmungen sind:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. a) Sonntagsarbeit ist gestattet nur zum Zwecke der Aufnahmen.

b) Mindestens jeder 2. Sonntag ist für Gehilfen und Lehrlinge dienstfrei.

Der Mindestmonatslohn aller im photographischen Gewerbe gelernten bzw. ausgebildeten Personen beträgt:

a) für Gehilfen: im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit . . . 200 Mk., sodann 250 „

b) für Gehilfinnen: im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit . . . 170 Mk., sodann 210 „

c) für Empfangsdamen gelten, soweit sie mit photographischen Arbeiten beschäftigt werden, die Sätze für Gehilfinnen.

Etwas bestehende, bessere Verhältnisse werden hierdurch nicht berührt. Die weitere Erhöhung der Lohnsätze ist Gegenstand freier Vereinbarung, ebenso die Termine der Lohnzahlung.

Für Überstunden wird außer dem erreichten Stundenlohn noch ein besonderer Zuschlag gezahlt, und zwar:

bis 10 Uhr abends 25 Proz., nach „ „ 50 „

Für die Ermittlung des Stundenlohnes wird der Monat zu 220 Arbeitsstunden gerechnet.

Ferien werden gewährt unter Weiterzahlung des Lohnes: Nach 1-jähriger Beschäftigung: eine Woche im Jahr. — Diese Vereinbarung kann nur unter Mitwirkung der Kieler Lohnkommission geändert werden. Der Tarif tritt in Kraft vom 1. Februar 1919 ab.

Damit ist endlich der ablehnende Standpunkt der Zwangsinnungen, mit den Gehilfenorganisationen Arbeitsverträge abzuschließen, durchbrochen. — Hoffentlich ist damit der Weg für weitere organisatorische Abschlüsse freigemacht. H.

Die Tapetenbranche.

Über eine erfreuliche gewerkschaftliche Verschmelzung

kann der Proletariat, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, berichten. Am 1. April tritt der Verband der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumdruker und deren Hilfsarbeiter in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands über. Da diese Verschmelzung auch allerdings nur die gelernten Arbeiter in seine Reihen aufnahm. Fünf Jahre später vereinigte sich dieser Verband mit dem Lithographen- und Steindruckerverbande. Doch schon im Jahre 1896 trennten sich die Formstecher von der kaum geeinten Organisation und gingen zur Gründung eines eigenen Verbandes über, um sich im Jahre 1908 abermals mit dem Steindruckerverbande zu verschmelzen.

Die technische Entwicklung der Tapetenfabrikation führte zur Verdrängung des handwerksmäßigen Betriebes. Der Handdrucker mußte immer mehr dem Maschinendrucker weichen. An die Stelle des gelernten Arbeiters trat in immer stärkerem Maße der Spezialarbeiter. Wie in den meisten Industriezweigen, so führte auch in der Tapetenfabrikation die Entwicklung der Technik und die damit verbundene Einführung der Maschinenarbeit zur Uneinigkeit unter der Arbeiterschaft. Die gelernten Arbeiter sahen im angelernten Spezialarbeiter mit Recht den Totengräber ihres Gewerbes. Daraus entstand besonders in den gemischten Betrieben, die neben maschineller auch noch die handwerksmäßige Tapetenherstellung betrieben, oftmals die heftigste Fehde zwischen den Man- und Maschinendruckern. Ein Teil der Maschinendrucker suchte deshalb im Fabrikarbeiterverbande seine Interessenvertretung, nachdem derselbe schon seit Jahren die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in seine Reihen aufgenommen hatte.

Den Vorteil aus dieser Fehde unter der Arbeiterschaft zogen die Unternehmer, die es auszeichnete verstanden, die Uneinigkeit der Arbeiterschaft zur Niederhaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszunutzen, so daß die Tapetendrucker in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen immer mehr im Rückstande blieben.

Bis zum Jahre 1910 waren ungefähr 25 Proz. der Berufsangehörigen im Steindruckerverbande organisiert und mindestens ebensoviel Maschinendrucker, Farbenmischer und Hilfsarbeiter hatten im Fabrikarbeiterverbande ihre wirtschaftliche Stütze gesucht und gefunden. Von der Erkenntnis geleitet, daß der Aufmarsch der Arbeiterschaft bei Lohnbewegungen in zwei Organisationen immerhin mit unangenehmen Begleiterscheinungen verbunden ist, kam im Jahre 1910 zwischen den Verbänden der Steindruker und der Fabrikarbeiter, unter Zustimmung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, eine Einigung zustande, daß in Zukunft nur noch der Fabrikarbeiterverband die zuständige Organisation für die Arbeiterschaft der Tapetenindustrie ist. Beschleunigt wurde diese Einigung durch die harte Tatsache, daß die Kollegen in der Tapetenindustrie infolge ihrer außerordentlich ungünstigen Lohnverhältnisse fast nicht mehr in der Lage waren, ihre finanziellen Verpflichtungen im Steindruckerverbande zu erfüllen.

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ein Teil der im Steindruckerverbande organisierten Kollegen konnte sich mit der Überweisung des Agitationsgebietes an den Fabrikarbeiterverband nicht einverstanden erklären. Sie gründeten deshalb im Oktober 1910 den Verband der Tapeten-, Linoleum- und Wachstuchdrucker, der nun am 1. April seinen Übertritt in den Fabrikarbeiterverband vollzieht. Die wirtschaftliche Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront erht diese Kollegen besonders, weil sie gerade unter dem Zeichen der heftigsten Bruderkämpfe die einigende Hand zum gemeinsamen Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete reichten, um geschlossen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in der Tapeten-, Wachstuch- und Linoleumindustrie zu wirken.

Dieser Schritt wird und muß der Arbeiterschaft in der Tapetenindustrie, in der Wachstuch- und Linoleumfabrikation zum Segen gereichen. Deshalb begrüßen wir ihn und rufen unseren neuen Mitstreitern zu: Willkommen im neuen Lager zur tatkräftigen gemeinsamen Arbeit für das Wohl unserer Arbeitsbrüder - und -schwester! —

Ortsberichte.

Berlin, Formstecher. In der Versammlung vom 30. März gab der Kollege Brinkmann den Kassenbericht. Die Versammlung nahm weiter Kenntnis von den Beschlüssen der Filiale Eilenburg. Es

wurde mit Freuden begrüßt, gerade aus Ellenburg das erste Lebenszeichen zu vernehmen; war es doch früher der Ort, wo die Lehrlingszucht in höchster Blüte stand. Befremden erweckte aber umgekehrt die Nachricht, daß die Hildesheimer Kollegen täglich Überstunden leisten sollten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die Berliner Formstecher verteilten es entschieden, daß die Kollegen in der Provinz zu einem Lohn arbeiten, der den außerordentlich teuren Verhältnissen nicht entspricht. Desgleichen mißbilligen sie, daß die Hildesheimer Kollegen sich dazu hergeben Überstunden zu machen in einer Zeit, in der so viele arbeitslose Kollegen allerorts vorhanden sind; sie erwarten, daß für die Folge die Überstunden strikte verweigert werden.« — Unterstützung fand die Anregung der Ellenburg Kollegen, durch die Zentralkommission beim Demobilisationsamt vorstellig zu werden, um zu bewirken, daß es den Tapetenfabrikanten zur Pflicht gemacht wird, durch Herausgabe von neuen Mustern die große Zahl der Arbeitslosen in unserer Branche zu vermindern. Es bedarf wohl keines Beweises, daß ein Mangel an druckfähigen Druckwalzen nach 4 1/2 jähriger Ruhepause vorhanden ist. — Als Mitglied der Zentralkommission wurde Kollege Riege gewählt. Nach einer sehr regen Diskussion über den in letzter Versammlung gehörten Vortrag, fand die Versammlung ihren Abschluß.

indem die Photographie ausgeschaltet und lediglich ein bestimmtes Kopierverfahren Platz greift. — Ein wenig ausführlicher spricht sich in einem gehaltreichen Artikel: »Sozialisierung im Buchdruckgewerbe« nebenher auch über das für Buchdrucker gleichfalls brennende technische Gebiet *Otto Säuberlich* aus: — Das Buchdruckgewerbe wird sich auf einen Kampf um den Besitzstand mit den Schwesternsparten Tiefdruck und Offsetdruck einzurichten haben, wenn es Arbeiten, die jetzt sein unbestrittenes und sehr bedeutungsvolles Gebiet bilden, nicht an diese verlieren will. So wie seit etwa einem Dutzend Jahren der buchdruckerische Dreifarbenruck der Chromolithographie und dem Steindruck einen großen Teil seines Arbeitsgebietes entzogen hat, so scheint jetzt durch den Offsetdruck und durch den Tiefdruck eine Reaktion sich vorzubereiten, die dem Buchdruck ernstlich gefährlich werden kann. Der Denkende-Sehende erkennt in der Einführung des Rotationsdrucks im Flach- und Tiefdruckverfahren den grundlegenden Unterschied in der künftigen Stellung dieser Druckverfahren zum Buchdruck. Auch wenn die Leistungsfähigkeit der Buchdrucksmaschine noch weiter gesteigert wird, bleibt der Uebelstand der langen Zurückzugsdauer der Buchdruckformen, namentlich der Blätter- und Plattenformen, bestehen, wogegen bei Offset- und Tiefdruck diese Vorarbeiten außerhalb der Maschinen besorgt werden, die somit, abgesehen von ihrer größeren Geschwindigkeit als Rotationsmaschinen, auch durch Vermeidung des Stillstandes während der Zurichtung in ihrer Leistungsfähigkeit überlegen sind. Während im Buchdruck die Maschine bei schwierigen Akzidenzformen oft tagelang der Zurichtung wegen brachliegt, kommt im Offset- und Tiefdruck ohne weiteres eine Druckplatte nach der andern zum Fortdruck, denn die Platten bzw. Zylinder, so schwierig oder zeitraubend ihre Herstellung auch sein möge, werden außerhalb der Maschine und ohne Zutun des Maschinenmeisters fortdruckfertig gemacht. Das ist aber leider noch nicht alles, auch bezüglich des Druckpapiers ist der Buchdruck im Nachteil, weil er für Autotypen und sonstigen schwierigeren Druck ein Papier von vollkommen glatter Oberfläche, am besten ein Kunstdruckpapier, erfordert, das schon immer teuer war und jetzt kaum erschwinglich ist. Offset- und Tiefdruck wirken am verblüffendsten auf ganz gemeinem, rauhem Zeitungspapier, aber auch bei guten Stoffen bedingen diese Verfahren ein rauhes Papier, womit das teure, infolge seines störenden, speckigen Glanzes unbeliebte, Kunstdruckpapier ausgestochen wird. —

früherer Zeit, z. B. der Zucker. Dieser würde früher ausschließlich aus dem Zuckerrohr gewonnen. Durch die sogenannte Konfinen talsperre Napoleons waren englische Waren auf dem Kontinente nicht mehr zu erhalten; zu diesen zählte auch der Zucker. Nun wußte man allerdings, daß sich aus verschiedenen Pflanzen, namentlich bestimmten Rübenarten, Zucker gewinnen ließ, aber das Verfahren war so teuer, daß an eine Konkurrenz mit dem Rohzucker — wie man ihn meist nannte — dem Kolonialzucker nicht zu denken war. Aus der Not der Zeit heraus arbeitete der deutsche Chemiker Wöhler ein Verfahren aus, das die Bereitung von Zucker aus Rüben so verbilligte, daß es der Rübenzucker in der Konkurrenz mit dem Kolonialzucker sehr wohl aufnehmen konnte. In der Folge wurde das Verfahren technisch so vervollkommen, daß der Rübenzucker seine Konkurrenten aus dem Kolonialreich fast vollständig verdrängt hat, da er nicht nur viel besser, sondern auch wesentlich billiger ist als der letztere. — Ähnlich ging es zu mit der Darstellung chemischer Farben aus dem Steinkohlenteer. Diese hat eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete der Fabrikation von Farben für alle möglichen industriellen Zwecke hervorgeführt. Ursprünglich war es die künstliche Darstellung des teuren natürlichen Indigo und der Farbenröte (Krapp), die beide aus Pflanzen gewonnen werden. Die Kunstprodukte sind nicht nur ganz erheblich billiger, sondern auch um vieles besser und zuverlässiger. —

Graphische Technik

Verschiebungen im Arbeitsgebiet.

Schon häufig ist in dieser Zeitung auf die technischen Veränderungen im graphischen Gewerbe, insbesondere auf die Entwicklung im Offsetdruckverfahren aufmerksam gemacht worden. Mit Recht knüpfen sich bei vielen Kollegen daran Hoffnungen auf eine Wiedergewinnung früher uns verlorengegangener Absatzgebiete. Die Farbenzucht hat viele Aufträge dem Buchdruck zugeführt. Aber Offset- und Tiefdruck scheinen berufen, aufs neue eine für die Beteiligten recht empfindliche Verschiebung vorzunehmen, die wenn auch für den Lithographen dabel weniger zu hoffen bleibt, so für den Steindruck neue Erweiterungen des Arbeitsgebietes bieten wird.

Damit beschäftigt man sich auch im Buchdruckgewerbe. Der »Korrespondent« der Deutschen Buchdrucker behandelte diese Angelegenheit in Nr. 34 in kurzen Worten zunächst in dem Artikel: »Vom Druck«. Dort lesen wir eingangs: »Die technische Entwicklung, soweit sie für die Druckmaschinen von Bedeutung ist, brachte im vergangenen Jahre wenig oder fast gar keine nennenswerten Neuerungen. Um so mehr zeigten sich dafür Veränderungen oder Erweiterungen auf den Konkurrenzgebieten. Der Tiefdruck, der bekanntlich das Zurückverfahren des Buchdruckers in die Werkstatt des Ätzers umlegt, hat einen wahren Siegeszug zu verzeichnen, der auch im vorigen Jahre stark in Erscheinung trat und besonders im Druck illustrierter Zeitschriften für den Buchdruck äußerst fühlbar wurde. Auch das Offsetverfahren machte starke Fortschritte, wodurch der mehrfarbige Reklamendruck in wesentlich andre Bahnen als früher zugunsten der Lithographie verschoben und der Auftragskreis für unsre Druckmaschinen wesentlich beschränkt wird. Dazu kam dann noch ein neues Druckverfahren, der sogenannte Manuldruck, der dem Offsetdruck leichteren Eingang verschafft. Es handelt sich hier gleichfalls um eine Konzentrierung der Vorarbeiten in der Druckplattenherstellung,

Etwas vom künstlichen Kautschuk.

Im Kriege haben wir zu vielen Ersatzmitteln greifen müssen, sowohl, was unseres Leibes Nahrung und Nahrung anbelangt, als auch in bezug auf die Stoffe, die unsere Industrie bedarf zur Erzeugung all der Dinge, die dem Kulturmenschen notwendig oder wertvoll sind. Daß die Ersatzmittel in den meisten Fällen an Güte und Brauchbarkeit nicht an das heranreichen, was sie ersetzen sollen, sondern eben nur ein Nothelfer sind, braucht wohl kaum besonders betont zu werden. Bei manchen aber ist eine gute Grundlage gegeben, auf der weiter gebaut und etwas geschaffen werden kann durch fleißiges Studium und Probieren, das dem Ursprünglichen gleichwertig sein wird. Namentlich für verschiedene Produkte der chemischen Industrie trifft dies zu.

In der chemischen Industrie haben wir in dieser Hinsicht schon eine Reihe von Beispielen aus

Zu den Produkten, bei denen wir hinsichtlich des Rohstoffes auf eine Zufuhr aus kolonialen Gebieten angewiesen waren und die uns im Kriege daher ganz besonders mangelten, gehört der Kautschuk. Daß Kautschuk zu sehr vielen Zwecken verwendet wird, dürfte bekannt sein. Im Steindruck spielt der Kautschuk als Material für Auftragswalzen beim Zink- und Aluminiumdruck eine wenn auch untergeordnete Rolle. Kautschuklösungen finden Verwendung bei einzelnen photographischen Prozessen, ferner fertigt man aus dem harten Kautschuk (Hartgummi) säurefeste Schalen und Behälter. Eine hohe Bedeutung aber hat der Kautschuk erlangt seit Einführung der Offsetpresse als Aufzugmaterial für den Zylinder, der den Abdruck von der Druckplatte auf das Papier vermittelt. Es dürfte daher interessieren, etwas über künstlichen Kautschuk zu erfahren, inwieweit es bisher möglich gewesen ist, solchen zu erzeugen und wie er sich in der Praxis bewährt hat.

Wenn in der Chemie ein Prozeß in ähnlicher Weise vor sich geht, wie es in der Natur geschieht, so spricht man von einer synthetischen Darstellung. Solche synthetische Darstellung von Kautschuk gelang der chemischen Fabrik in Leverkusen in den Jahren 1910-12 nach vielen Versuchen. Wenn man natürlichen Kautschuk trocken destilliert, das heißt unter Luftabschluß erhitzt, so bildet sich das sogenannte Isopren, eine chemische Verbindung von Kohlenstoff und Wasserstoff, kurz ein Kohlenwasserstoff. Kohlenwasserstoffe kennt die Chemie eine ganze Reihe mit sehr verschiedenen Eigenschaften. Benzin, Benzol, Naphta, Petroleum usw. — alles das sind Kohlenwasserstoffe. Das nebenbei. — Wenn man nun diesen Kohlenwasserstoff Isopren sehr lange kocht, so wird der ursprünglich flüssige Körper fest und zeigt fast alle Eigenschaften des natürlichen Kautschuks. Da man aber das Isopren künstlich, das heißt ohne natürlichen Kautschuk zu haben, herstellen kann, so war die synthetische Darstellung von künstlichem Kautschuk theoretisch sehr einfach gegeben. Künstliches Isopren ist aber sehr teuer.

Stellenangebote
Mehrere tüchtige
Formstecher
durch den Arbeitsnachweis gesucht,
C. Schubart, Berlin-Lichtenberg,
Rütergutstraße 24.

Formstecher
auf dauernde Beschäftigung und guten Lohn zu
sofort gesucht.
Aug. Künnecke, Hannover-Linden,
Gartenallee 20a.

Verschiedenes
**Das Tauschieren
und Ätzen
der Metalle.**
Preis inkl. Porto 1,60 Mk.
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.

**Jüngerer
Nachschneider,**
der mit Fräsen an der Routingmaschine vertraut
ist, sofort gesucht von
Krey & Sommerlad,
Niedersedlitz bei Dresden.

Montierer,
der auch an der Routingmaschine fräsen kann,
sofort gesucht von
Krey & Sommerlad,
Niedersedlitz b. Dresden.

**Roulett., Fadenstichel
Fräser u. s. w.**
in bester Ausführung fertigt an.
Karl Neumann & Söhne,
Berlin SO. 33, Köpenickerstraße 147.

Inserat
sind nicht an die Redaktion sondern
an die Expedition zu senden.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummiarabicum, stets gebrauchsfähig, zum Fräsiereisen von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.
„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdrückende Farben u. Papiere.
„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.
„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.
empfehlen
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

**Das Lehrbuch
der Lithographie und des Steindruckes**
verfaßt von Alois Senefelder in München 1821.
Mit 20 Zeichentafeln nach Originalzeichnungen von der Hand Senefelders.
Herausgegeben vom Verband der Lithographen, Steindrucker und verw.
Berufe, Berlin. Preis 7,50 Mk. inklusive Porto.
Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**
Der praktische Umdrucker.
Von Bernh. Enders. Inkl. Porto 1,15 Mk. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.